Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 3. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 13.01.2021 um 17:00 Uhr, in der Stadthalle Hilden (Fritz-Gressard-Platz 1 in
40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Dr. Claus Pommer

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang	CDU
Frau Susanne Brandenburg	CDU
Herr Michael Deprez	CDU
Herr Martin Falke	CDU
Herr Fred-Harry Frenzel	CDU
Herr Christian Gartmann	CDU
Herr Peter Groß	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Frau Sandra Kathrin Hendele	CDU
Herr Ramon Ludwig Kimmel	CDU
Frau Sabine Kittel	CDU
Herr Philip Razum	CDU
Herr Michael Rupp	CDU
Herr Christian Schimang	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Kevin Peter Schneider	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Matthias Schumann	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Herr Tristan Zeitter	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Frau Anabela Barata	SPD
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Frau Sarah Buchner	SPD
Herr Hamza El Halimi	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Sandra Kollender	SPD
Frau Henrike Lindenberg	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD

Herr Heinz Albers	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Andrea Grunert	Bündnis 90/Die Grünen
Herr René Halusiak	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Helen Kehmeier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Norbert Lang	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Marianne Münnich	Bündnis 90/Die Grünen

Bis zur Beratung TOP 4.2
anwesend, aber nicht mehr
zur Abstimmung

Herr Peter Münnich	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Anna Meike Reimann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hartmut Toska	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Susanne Vogel	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Julia Gerhard	FDP
Herr Uwe Gramminger	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD
Herr Marlon Buchholz	AfD
Herr Axel Hoffmeister	AfD
Herr Ralf Peter Beier	BÜRGERAKTION
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION
Frau Dorothea Spielmann-Locks	BÜRGERAKTION
Herr Ernst Kalversberg	Allianz für Hilden
Frau Kerstin Eva Knott	Allianz für Hilden
Herr Werner Erbe	DIE LINKE

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger	Stadt Hilden
Frau Kämmerin Anja Franke	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Stadt Hilden
Frau Geri Schwenger	Stadt Hilden
Herr Michael Witek	Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Dr. Heimo Haupt	AfD
----------------------	-----

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Corona in Hilden
- 4 Allgemeine Ratsangelegenheiten
 - 4.1 Delegation der Entscheidungsbefugnisse des Rates während der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite
WP 20-25 SV 01/032
 - 4.2 Corona Hilfsprogramm
WP 20-25 SV 20/014/1
- 5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
 - 5.1 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung
WP 20-25 SV 10/009
- 6 Anträge
 - 6.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.12.2020: Organisationsentwicklung und digitale Transformation - Bericht der Verwaltung
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
 - 7.1 KiTa-Beiträge
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 8.1 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Förderprogramm Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Bürgermeister Dr. Pommer bat um Aufnahme der SV 14/004 als TOP 12 im nicht öffentlichen Teil. Dem stimmten die Ratsmitglieder zu.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

3 Corona in Hilden

1. Beigeordneter Eichner erstattete mündlich Bericht zum Sachstand Corona in Hilden. Die in der Sitzung gezeigte Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

4 Allgemeine Ratsangelegenheiten

4.1	Delegation der Entscheidungsbefugnisse des Rates während der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite	WP 20-25 SV 01/032
-----	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden delegiert auf Grundlage des § 60 Abs. 2 GO NRW seine Entscheidungsbefugnis für die Dauer der epidemischen Lage auf den Hauptausschuss.

Die Delegation verlängert sich entsprechend, wenn die epidemische Lage von landesweiter Tragweite über den 28. Januar hinaus erklärt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Während des Austauschs wurden verschiedene Anträge gestellt und diskutiert. Rm Bartel/ Bündnis 90/Die Grünen bat in diesem Zusammenhang die Fraktionen darum, Anträge zukünftig früher bekannt zu geben. Die fundierte Beratung von Anträgen, die -wie heute- erst während der Sitzung gestellt werden, sei sonst kaum möglich.

Es erfolgten zwei Sitzungsunterbrechungen, denen die Ratsmitglieder jeweils zustimmten:
Auf Antrag von Rm Stöter/ SPD von 17.25 Uhr bis 17.40 Uhr.
Auf Antrag von Bürgermeister Dr. Pommer von 18.28 Uhr bis 19.17 Uhr.

Aus dem umfangreichen Austausch bleibt neben den direkten Äußerungen zu den Anträgen folgendes festzuhalten:
Die SPD rief die Parteien dazu auf, mit ihren Bundes- und Landtagsabgeordneten zu sprechen, um darauf hinzuwirken, dass die Hilfen von Bund und Ländern zügig ausgezahlt werden.

Rm Bommermann/ AfD sprach sich grundsätzlich gegen das Hilfsprogramm aus. Die Finanzmittel würden sinnlos verpuffen und die 500 TE seien nur der Anfang. Die aktuelle Haushaltslage lasse eine derartige Politik nicht verantwortungsvoll zu.

Zum Ende der Aussprache ließ Bürgermeister Dr. Pommer über alle gestellten Anträge abstimmen:

1.

Rm Erbe/ Die Linke stellte den Antrag, die Fördersumme statt auf 500 TE zu begrenzen, auf maximal 1 Mio. Euro zu erhöhen. Ziel sei es, der Öffentlichkeit das Gefühl zu geben, dass die Stadt etwas tut. Wenn stattdessen später 500 TE nachgelegt würden, wäre die positive Wirkung schwächer.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 1 Ja-Stimme von Rm Erbe/ Die Linke

2.

Rm Stöter/ SPD verlas folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag:
*„Der Rat der Stadt Hilden beschließt ein Hilfsprogramm um die negativen Folgen der COVID-19-Pandemie im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich abzumildern.
Kleine Hildener Betriebe, die wirtschaftlich negativ betroffen sind können Hilfen im Umfang von einmalig 2.750 € pro Betrieb und maximal 250.000 € nach den in der Sachverhaltsdarstellung beschriebenen Kriterien und Verfahren beantragen.
Die Verwaltung erstellt für die nächste Sitzung des Rates ein Konzept, das finanziell negativ Betroffenen aus den Bereichen „Soziales“, „Kultur“ und „Vereine“ ebenfalls die Möglichkeit eröffnet, Hilfen zu beantragen. Diese werden ebenfalls auf einen Betrag von maximal 250.000 € festgesetzt.
Der Rat beschließt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von insgesamt 500.000€. Davon werden 250.000 € bei den Transferaufwendungen im Produkt 150101 „Wirtschaftsförderung“ bereitgestellt. Die weiteren 250.000 € werden entsprechend des zu erarbeitenden Konzepts in den betroffenen Produkten im Haushalt bereitgestellt.
Die Deckung erfolgt aus einem außerordentlichen Ertrag aus der Isolierung der Corona-bedingten Belastungen 2021.“*

Er begründete den Antrag mit der Gefahr, dass für jeden Sektor einzeln ein Paket beschlossen werde und am Ende das Geld nicht mehr reiche. Daher sollen heute bereits die Bereiche Kultur, Soziales und Vereine mitberücksichtigt werden.

Rm Groß/ CDU, Rm Bartel/ Bündnis 90/Die Grünen und Rm Reffgen/ BA erklärten, dass sie sich an die Absprache im Runden Tisch halten wollen, 500 TE den Unternehmen zur Verfügung zu stellen und die Themen Kultur, Soziales und Vereine spezifisch und unter Beteiligung der Betroffenen zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 15 Ja-Stimmen der SPD

3.

Die CDU stellte folgende vier Einzelanträge zur Änderung des Beschlussvorschlags:

a)

Begriff „Betriebskostenzuschuss“ ändern in „Zuschuss“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen gegen 4 Nein-Stimmen der AfD und Rm Erbe/ Die Linke bei 15 Enthaltungen der SPD

b)

Anzahl der vollzeitverrechnet angestellten Mitarbeitende reduzieren auf 10

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen gegen 3 Nein-Stimmen der AfD bei 16 Enthaltungen der SPD und Rm Erbe/ Die Linke

c)

Höhe des voraussichtlichen Gewinns reduzieren auf 25 TE

Rm Anfang/ CDU begründete dies damit, dass ein voraussichtlicher Gewinn von 50 TE für kleine Betriebe ein zu hoher Betrag sei. Bei 25 TE Gewinn stünden immer noch ca. 2 TE pro Monat zur Verfügung.

Rm Remih/ FDP halte diesen Betrag für zu knapp unter der Gewerbesteuergrenze und halte eher 35 bis 40 TE für sinnvoll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen gegen 9 Nein-Stimmen der FDP, BA und Allianz für Hilden bei 15 Enthaltungen der SPD

d)

Ausschluss von Tätigkeiten im Nebenerwerb (mindestens 51 % der Einkünfte)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen bei 25 Enthaltungen der SPD, FDP, AfD, Allianz für Hilden und Rm Erbe/ Die Linke

Bürgermeister Dr. Pommer ließ anschließend anhand der zuvor unter den Nummern 3 a) bis d) angenommenen Anträge über die geänderte Sachverhaltsdarstellung abstimmen. Durch den Bezug auf die Sachverhaltsdarstellung im Beschlussvorschlag waren diese Änderungen für die Abstimmung relevant.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt das nachfolgende Hilfsprogramm für kleine Hildener Betriebe, die von den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wirtschaftlich negativ betrof-

fen sind in einem Umfang von einmalig 2.750 € pro Betrieb und maximal 500.000 € insgesamt nach den in der Sachverhaltsdarstellung beschriebenen Kriterien und Verfahren.

Der Rat beschließt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 500.000 € bei den Transferaufwendungen im Produkt 150101 „Wirtschaftsförderung“. Die Deckung erfolgt aus einem außerordentlichen Ertrag aus der Isolierung der Corona-bedingten Belastungen 2021.

Geänderte Sachverhaltsdarstellung (Änderungen durchgestrichen bzw. fett geschrieben):

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und die initiierten Hilfsprogramme des Bundes und des Landes NRW haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Betriebe in Hilden. In Hilden sind gerade viele kleinere Betriebe wichtiger Grundpfeiler der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger vor, während und nach der außergewöhnlichen Lebenssituation, die die Pandemie mit sich gebracht hat.

Die Stadt Hilden will mit einem Hilfsprogramm eine wirtschaftliche Unterstützung von kleinen Betrieben neben den Landes- und Bundesprogrammen und so einen Beitrag zur Gewährleistung der erweiterten Grundversorgung der Hildener Bevölkerung auch nach der COVID-19-Pandemie leisten.

Mit einem einmaligen ~~Betriebskostenzuschuss~~ **Zuschuss** in Höhe von 2.750 € sollen solche inhabergeführten Unternehmen und Gewerbetreibende in Hilden unterstützt werden, die durch die Betriebsschließungen oder weggebrochener Kundschaft maßgebliche wirtschaftliche Nachteile erlitten haben, ihren Betrieb aber prognostisch in 2021 fortführen wollen und so weiterhin Teil der Versorgungsstrukturen für die Bürgerinnen und Bürger in Hilden sein werden. Dabei ist mit wirtschaftlichem Nachteil gemeint, dass die in 2020 erzielten voraussichtlichen Gewinne wesentlich, d.h. mindestens i.H. des Zuschussbetrags von 2.750 €, unter den Gewinnen der Vorjahre liegen werden. **Dabei darf der voraussichtliche Gewinn in 2020 maximal 25.000 € betragen.** Unter Gewinn wird hierbei der Jahresgewinn aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (keine Berücksichtigung von Verlustvorträgen o.ä.) verstanden.

Für Inhaber mehrerer Gewerbebetriebe gilt: Der Zuschuss kann nur für einen Gewerbebetrieb je Inhaber beantragt und gewährt werden.

Insgesamt sollen maximal 500.000 € an Zuschüssen bewilligt werden. Die Zuschussbewilligung erfolgt nach Eingang der vollständigen Anträge bis 31.03.2021.

Antragsberechtigt sollen alle Gewerbebetriebe (= selbstständige, nachhaltige auf eine Gewinnerzielungsabsicht über die private Vermögensverwaltung hinaus ausgerichtete gewerbliche Tätigkeit von natürlichen Personen, Personengesellschaften und inhabergeführten Kapitalgesellschaften) mit maximal ~~20~~ **10** vollzeitverrechneten, in Hilden angestellten Mitarbeitenden mit Sitz oder Hauptbetriebsstätte in Hilden sein, die **im Haupterwerb** folgende Gewerbe(arten) unmittelbar gegenüber überwiegend Hildener Leistungsempfängern ausüben und voraussichtlich noch in 2021 ausüben werden:

- Einzelhandel (einschließlich Back- und Fleischwarenverkauf, Kunst- und Schmuckgewerbe, Raumausstatter)
- Hotels, Pensionen
- Gastronomie (einschließlich Grill, Bistro, Bar)
- Folgende persönliche Dienstleistungen an Endverbraucher: Friseur, Barbier, Kosmetikstudio-
- Kino, Fotostudios auch mit angeschlossenem Einzelhandel
- Catering

- Hundesalons
- Massagestudios (keine Studios, die Dienstleistungen sexueller Art erbringen), Saunen
- Reinigungen, Wäschereien
- Veranstalterinnen, Veranstalter
- Taxibetriebe
- Fitnessstudios
- Tanz- und Ballettstudios
- Reisevermittlungen

Die v. g. Aufzählung ist nicht abschließend und soll „wesensverwandte“ Gewerbe(arten) mitumfassen.

Soweit ein Antragsteller die Voraussetzungen nur geringfügig nicht erfüllen sollte oder aufgrund einer besonderen Konstellation in anderer Weise von der Pandemie betroffen ist (Härtefall), kann im Einzelfall der Zuschuss gewährt werden. Etwaige Zuschüsse an Gewerbetreibende mit Verweis auf solche individuellen Härtefallsituationen benötigen die Zustimmung von Bürgermeister und Kämmerin und sind dem Rat der Stadt Hilden nachlaufend in nicht-öffentlicher Sitzung bekannt zu geben.

Der Zuschuss kann über ein Formular im Internet beantragt werden. Die Anträge müssen einschließlich einer Bestätigung der wahrheitsgemäßen Angaben vom Inhaber/dem Vertretungsberechtigten des Unternehmens unterschrieben und postalisch an die Stadt Hilden übersendet werden zusammen mit der Einkommensteuer-/Körperschaftsteuererklärung für das Jahr 2019 (und ggf. Vorjahre) und einer korrespondierenden, aussagekräftigen Aufstellung für 2020 unter Einbeziehung aller Einnahmen, die dem Betrieb u.a. aus anderen öffentlichen Zuschuss-Programmen und aus einem untergeordneten Onlinehandel (maximal 25 % der durchschnittlichen Jahresumsätze) zugeflossen sind. Eine Zuschussgewährung erfolgt, wenn sich aus den eingereichten Unterlagen nach Prüfung ergibt, dass die in 2020 erzielten voraussichtlichen Gewinne wesentlich, d.h. mindestens i.H. des Zuschussbetrags von 2.750 €, unter den Gewinnen der Vorjahre liegen werden. **Dabei darf der voraussichtliche Gewinn in 2020 maximal 25.000 € betragen.** Unter Gewinn wird hierbei der Jahregewinn aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (keine Berücksichtigung von Verlustvorträgen o.ä.) verstanden.

Eine Zuschussbewilligung erfolgt nur, soweit der Gewinn aus dem Gewerbebetrieb regelmäßig, das heißt mindestens in 2019 und 2020, die Haupteinkünfte des Gewerbetreibenden (mindestens 51 %) darstellen.

Neben der wirtschaftlichen Betroffenheit der Betriebe werden auch eine Fortführungsprognose und die bisherige ordnungsmäßige Betriebsführung Voraussetzung für eine Gewährung des Zuschusses sein. Abgefragt werden vom Antragsteller die wirtschaftliche Betroffenheit und die Fortführungsprognose mit entsprechenden Belegen/Erläuterungen. Die ordnungsgemäße Betriebsführung wird anhand der bei der Stadt Hilden bekannten gewerbe-/ordnungsrechtlichen Verstöße sowie etwaiger Abgabenrückstände bis einschließlich 2019 beurteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 3 Nein-Stimmen der AfD bei 15 Enthaltungen der SPD

5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

5.1 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung WP 20-25 SV 10/009

Rm Bartel/ Bündnis 90/Die Grünen betonte, dass es nicht Ziel der Organisationsuntersuchung sein solle, zu sparen. Er merkte an, dass auch mehr Personal Einsparungen nach sich ziehen könne.

Rm Reffgen/ BA erklärte, dass der Schwerpunkt auf einer Untersuchung der Prozesse liegen solle.

Rm Bommermann/ AfD vertrat die Auffassung, dass neben gestrafften Abläufen und Einsparungspotenzial vor allem Mitarbeiter benötigt werden. Eingerichtete Stellen, die nicht besetzt werden können, würden nicht helfen.

Rm C. Schlottmann/ CDU bezeichnete die Organisationsuntersuchung als einen Schritt in Richtung moderner Verwaltung.

Bürgermeister Dr. Pommer bestätigte, dass die Untersuchung nicht zwangsläufig Personaleinsparungen nach sich ziehe.

Auf Nachfrage von Rm Beier/ BA benannte Bürgermeister Dr. Pommer die zu untersuchenden Bereiche Orga, Personal, Asyl.

Anmerkung der Schriftführung: Mit E-Mail an die Fraktionen und Rm Erbe/ Die Linke vom 20.01.2021 wurde dies wie folgt konkretisiert:

„Es handelt sich um 4 Bereiche, in denen Organisationsuntersuchungen durchgeführt werden:

- Organisationsabteilung*
- Ordnungsamt: Bürgerbüro / Standesamt*
- Jugendamt: Kindertageseinrichtungen*
- Sozialamt: Asyl“*

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt für die Durchführung einer externen Organisationsuntersuchung ausgewählter Verwaltungsbereiche die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 107.100 € in Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ im Produkt 011004 „Organisationsangelegenheiten“ für das Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen im Produkt 011302.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 16 Enthaltungen von Bündnis 90/ Die Grünen und BA

6 Anträge

6.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 22.12.2020: Organisationsentwicklung und digitale Transformation - Bericht der Verwaltung

Bürgermeister Dr. Pommer erstattete mündlich Bericht. Die in der Sitzung gezeigte Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

7.1 KiTa-Beiträge

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass das Land NRW eine Erstattung oder den Verzicht auf die Erhebung von Kita-Beiträgen für den Januar angekündigt habe. Die Entscheidung sei für nächste Woche zu erwarten. Die Verwaltung habe bereits Vorkehrungen getroffen, dass der Einzug und die Mahnverfahren im Januar ausgesetzt werden. Die Eltern können sich daher darauf einstellen, dass keine Beiträge für Januar erhoben werden. Eine diesbezügliche Sitzungsvorlage werde in der nächsten Hauptausschusssitzung vorgelegt.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Anfrage Bündnis 90/Die Grünen: Förderprogramm Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen

Rm Kehmeier/ Bündnis 90/Die Grünen verlas folgende Anfrage:

„Das Bundesumweltministerium (BUM) hat das Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ aufgelegt. Im Zeitraum 2020 — 2023 werden 150 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um die aktuelle Klimabelastung in sozialen Einrichtungen abzumildern.

Es gibt drei Förderschwerpunkte. Besonders der Förderschwerpunkt 2: „Maßnahmen zur Abmilderung der Klimafolgen oder nachhaltige und umweltgerechte Beschaffung und Installation von energieeffizienten Geräten und Apparaturen“ könnte für eine kurzfristige Antragstellung interessant sein (z.B. Verschattung von Aufenthaltsbereichen, standortangepasste Bepflanzung, Entsiegelung.....).

Für Anträge, die bis zum 30. Juni 2021 gestellt werden, gelten Förderquoten von bis zu 100%.

Das nächste Antragsfenster ist vom 01. - 28.02. geöffnet.

Nähere Informationen unter:

<https://www.bmu.de/pressernitteilung/bundesumweltministerium-unterstuetzt-sozialeeinrichtungen-im-einsatz-gegen-den-klimawandel/>

<https://oekozentrum.nrw/aktuelles/detail/news/klimaanpassung-in-sozialen-einrichtungen/>

Wir fragen die Verwaltung:

- 1. Ist der Verwaltung das Förderprogramm bekannt und gibt es Überlegungen entsprechende Förderanträge zu stellen?*
- 2. Wenn ja, für welche städtischen Einrichtungen sollen Förderanträge gestellt werden und welche Maßnahmen werden vorgeschlagen?*
- 3. Hat die Verwaltung die in Hilden infrage kommenden Verbände über das Förderprogramm in Kenntnis gesetzt?*
- 4. Falls die Verwaltung bisher das Förderprogramm noch nicht bewertet hat - welche Maßnahmen an Schulen, Kindertageseinrichtungen oder Flüchtlingsunterkünften kommen aus Sicht der Verwaltung nach Kenntnisnahme der Förderrichtlinien für eine Antragstellung infrage (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Flüchtlingsunterkünfte)?“*

Ende der Sitzung: 20:32 Uhr

Dr. Claus Pommer
Vorsitzender

Gerl Schwenger
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker
Leiter Team Bürgermeisterbüro